

22. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

28. – 30. November 2003, Messe, Dresden

Beschluss

Gerechtigkeit für die politisch Verfolgten kommunistischer Diktatur

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich weiterhin für die nachhaltige Verbesserung der Lage der politisch Verfolgten des DDR-Systems und der sowjetischen Besatzungszeit einzusetzen.

Mit den folgenden Schwerpunkten wird ein Schadensausgleich und eine Würdigung für die Menschen erreicht, die gegen Diktatur und Unrecht gekämpft haben:

- eine Erhöhung der Entschädigungssumme pro Haftmonat; diese Einmalzahlung sollte gestaffelt nach Alter erfolgen,
- eine monatliche Pauschalsumme als Ausgleichszahlung für erlittenes Unrecht (Haft), abhängig von der Haftdauer,
- Beweislastumkehr bei Haftfolgeschäden,
- Verlängerung der Antragsfrist für Rehabilitierungsanträge.
- Bestandsgarantie und ausreichende finanzielle Ausstattung der Stiftung der ehemaligen Häftlinge